

Leipzig braucht einen stabilen zweiten Arbeitsmarkt

Der Bewilligungsstopp für den Landesanteil an den Kommunal-Kombi-Stellen durch Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) ist in zweifacher Hinsicht höchst unsozial. Zum Einen ist man bei dem hohen Stand an verfestigter Langzeit-Arbeitslosigkeit in Leipzig dringend auf jede Stelle für die betroffenen Menschen angewiesen, um den Menschen, die oft keinerlei Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt mehr haben, wenigstens die Möglichkeit anzubieten, über den zweiten Arbeitsmarkt aus Ausgrenzung und Isolation zeitweise herauszukommen.

Zum Anderen sind die durch staatliche Zuschüsse geschaffenen Arbeitsplätze vorwiegend im sozialen Bereich angesiedelt und tragen durch den hohen Einsatz, den die Beschäftigten erfahrungsgemäß in Bereichen einbringen, die der erste Arbeitsmarkt so nicht leisten kann, nicht unerheblich zum sozialen Frieden in der Stadt bei.

So sind unter anderem zwei wichtige soziale Projekte von der Streichung des

Zuschusses für das Kommunal-Kombi-Projekt direkt betroffen. Die LVB wollte fünfzig Teilnehmer des auslaufenden Activ-Office-Projektes über den Kommunalen-Kombilohn in einem Sonderprojekt zur Mobilität für Senioren und Behinderte weiterbeschäftigen. Diese Weiterbeschäftigung steht jetzt auf der Kippe, so dass die Gefahr besteht, dass die Menschen, die sich über drei Jahre sehr engagiert in das Active-Office-Programm eingebracht haben, einfach wieder in die Erwerbslosigkeit entlassen werden.

Aber auch das Sozialwarenhause, das im ersten Quartal in der Eisenbahnstraße im Leipziger Osten eröffnet wurde, rechnete fest mit zehn Beschäftigten über den Kommunal-Kombi. Ein herber Rückschlag für die Betreiber des Sozialwarenhause, die noch nicht wissen wie sie den Ausfall der zehn Mitarbeiter kompensieren sollen. Und auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass es nicht nur die Erwerbslosen trifft, die sich schon auf eine sinnvolle Beschäfti-

gung gefreut hatten, sondern dass der soziale Zusammenhalt nicht unwesentlich von der Arbeit, die die Menschen im zweiten Arbeitsmarkt leisten, abhängt.

Nur zwei Beispiele von vielen, denn für noch rund dreihundert Stellen von den insgesamt für Leipzig vorgesehenen 1.333 Stellen waren bereits die Zuschüsse für den Kommunal-Kombi im Landeshaushalt eingestellt und können nun durch den Bewilligungsstopp nicht mehr von den freien Trägern für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Viele Projekte im sozialen Bereich, bei Vereinen, der Wohlfahrtspflege, der Kulturarbeit und im Umweltschutz geraten dadurch in Gefahr.

Doch schon zum ersten Januar gab es einen Einschnitt. An diesem Tage trat das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Kraft. Ziel dieser Neuausrichtung war es, die Zahl der Arbeitsmarktinstrumente zu reduzieren und die Produkte einfacher, individueller und flexibler zu gestalten. Teil dieser Vereinfachung war die Abschaffung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM).

Nun muss man wissen, dass in Leipzig die ABM als arbeitsmarktpolitische Maßnahme aus guten Gründen favorisiert wurde, während nach dem Evaluierungsbericht der Bundesregierung andere Städte und Kreise die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-EURO-Job) bevorzugt hatten. Der Vorteil der ABM gegenüber dem 1-EURO-JOB war, dass die Menschen in der ABM sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, und die Stadt die Kosten der Unterkunft nur für die „Aufstocker“ und dort weitestgehend nur teilweise bezahlen musste, während diese Kosten bei den Beschäftigten im



Aktion zum Nikolaus auf dem Lindenauer Markt: DIE LINKE. Leipzig gemeinsam mit dem ver.di Bezirkserwerbslosenausschuss

1-EURO-JOB komplett anfielen.

So waren dann 2008 auch in Leipzig 2.538 Menschen in einer ABM und 1.557 Menschen in einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt. Nach dem Wegfall der ABM besann man sich dann auf ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, welches bis dahin nur sehr selten angewandt wurde, der Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante. Auch hier werden die Menschen sozialversicherungs-

pflichtig beschäftigt, in etwa auch mit den Löhnen die bei einer ABM gezahlt wurden, so dass auch hier der Effekt der Minderung der Kosten der Unterkunft für die Stadt Leipzig greift.

Auch in 2009 dürften damit die Zahlen von rund 4.000 Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über die ARGE Bestand haben, rechnet man die rund 1.000 Menschen im Kommunal-Kombi hinzu sind dies rund 5.000 Be-

schäftigte im zweiten Arbeitsmarkt. Aus den bereits genannten Gründen sollten diese Zahlen auch zukünftig in Leipzig gehalten werden. Durch den Wegfall der Kommunal-Kombi-Stellen in rund zwei Jahren sind die Verantwortlichen aber schon jetzt in der Pflicht, sich über die weitere Zukunft des zweiten Arbeitsmarktes in Leipzig Gedanken zu machen.

Pia Witte

Aktionskonferenz sozialer Bewegungen

Am 14. und 15. November trafen sich in Stuttgart soziale Bewegungen zu einer zweiten bundesweiten Aktionskonferenz. Bereits im März organisierte das Bündnis unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ Demonstrationen in Frankfurt/Main und Berlin, an denen jeweils ca. 30.000 Menschen teilnahmen. Die jetzige Folgekonferenz fand unter dem Motto „Kräfte bündeln – Perspektiven entwickeln“ statt. Rund 150 bis 200 Aktive aus den sozialen Bewegungen kamen in Stuttgart zusammen, um eine Lageeinschätzung nach der Bundestagswahl zu treffen und Möglichkeiten und Perspektiven gemeinsamer weiterer Schritte zu erörtern.

Keine Lehren aus der Krise

Wie werden sich die Krise und die geplanten Maßnahmen der Regierung in den Sozialsystemen, in den Betrieben und in den Städten und Gemeinden auswirken? Dies war eine der zentralen Fragen, die auf der Konferenz in verschiedenen Gesprächskreisen erörtert wurde. Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung ist bewusst an vielen Stellen schwammig gehalten. Dennoch lässt er beim aufmerksamen Leser keinen Zweifel aufkommen, dass der eingeschlagene Kurs neoliberaler Politik in Zukunft verschärft weitergeführt werden soll.

Die Pläne der Regierung beinhalten unter anderem einen zentralen Angriff auf das Gesundheitssystem. Dementsprechend sollen vermutlich auch alle anderen sozialen Sicherungssysteme sturmreif geschossen werden. Auch die Privatisierung der Bahn wird weiter forciert. Hierzu heißt es im Koalitionsvertrag: „Sobald der Kapitalmarkt dies

zulässt, werden wir eine schrittweise, ertragsoptimierte Privatisierung der Transport- und Logistiksparten einleiten“.

Auch hinsichtlich der Abschnitte zu den Finanzmärkten im Koalitionsvertrag ist nicht erkennbar, dass die Bundesregierung die Probleme und Ursachen der Finanzkrise erkannt hat. Zwar wird im Vertrag nicht so offen wie im Koalitionsvertrag von 2005 davon geschrieben, dass man den „Finanzplatz Deutschland“ weiter für spekulative Tätigkeiten öffnen will, aber es wird deutlich, dass die neue Regierung keinerlei Maßnahmen in Erwägung zieht, die Geschäfte von Hedge Fonds, Private Equity Gesellschaften zu erschweren.

Im Koalitionsvertrag stellt die neue Regierung zwar fest, dass der Staat in der Krise eine stärkere Rolle gespielt hat und sich an Wirtschaftsunternehmen und Banken beteiligen musste. Gleichzeitig wird aber noch im selben Absatz von einer „Ausstiegs-Strategie“ gesprochen, mit der „wir jetzt beginnen

werden“. Der Staat, d. h. die Gemeinschaft, wird also nicht nur zur Rettung der Spekulierenden in Anspruch genommen, es geht sogar soweit, dass den Spekulanten nach der Rettung auch noch die ideologische Genugtuung zuteil wird, dass die staatliche Rettungsaktion eigentlich etwas war, was man schnell wieder vergessen könne. Das zeigt, wie eng verwoben Finanzindustrie und Regierung sind.

Für die Städte und Gemeinden sehen die Pläne von CDU und FDP Regierung u. a. vor, die Gewerbesteuer – eine der wichtigsten Einnahmen der Kommunen – generell auf den Prüfstand zu stellen. Gleichzeitig wird durch die bereits von der Vorgängerregierung verabschiedete „Schuldenbremse“ und die geplante verstärkte Förderung sogenannter „Öffentlich Privater Partnerschaften“ ein regelrechter Privatisierungszwang erzeugt. Die Politik von Deregulierung und Privatisierung auf Kosten der Allgemeinheit geht also auf allen Ebenen weiter.

Auf der einen Seite wurden Garantien für faule Wertpapiere in dreistelliger



Bereits im März und im Mai 2009 demonstrierten mehrere zehntausend Menschen.

Milliardenhöhe ohne Gegenleistung übernommen, auf der anderen Seite stehen Lohnverzicht, Massenentlassungen und Sozialabbau auf der Agenda.

Darum muss gegen die Verarmung der Kommunen gekämpft werden, die durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung jetzt noch extrem verschärft wird. Dagegen kann man örtliche und regionale Bündnisse schmieden, ohne die bundesweite politische Ebene aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig könnten diese lokalen Bündnisse das Fundament für eine bundesweite Bewegung gegen die Politik des Sozialabbaus bilden.

Auch für uns in Leipzig ist absehbar, dass die Stadt aufgrund der geplanten Einschnitte noch stärker als bisher unter finanziellen Druck gerät und damit auch eine neue Debatte über Privatisierungen nicht undenkbar ist. Die bindende Wirkung des Bürgerentscheids für den Erhalt der kommunalen Unter-

nehmen läuft im Januar 2011 ab. Praktisch ist es ab diesem Termin möglich, Vermögensverkäufe in größerem Stil abzuwickeln.

Um erfolgreich eine Abkehr vom Kurs der eingeschlagenen Politik einzufordern und auch zu erwirken, wird es aber notwendig sein die Bündnisse zu verbreitern und stärker lokal zu verankern. Ein realistischer Blick zeigt, dass auch beim Treffen in Stuttgart die Zusammensetzung der dort Zusammengekommenen nicht über das „typische linke“ Umfeld hinausreicht. Um zukünftige Proteste auf eine breite Basis zu stellen, braucht es aber eine, auch parteiübergreifende, gemeinsame Bewegung von unten, die alle gesellschaftlichen Sektoren erfasst.

Planungen im Frühjahr 2010

Erste größere Aktionen gegen die eingeschlagene Regierungspolitik sind noch vor der Landtagswahl in Nord-

rhein-Westfalen geplant. Die Konferenz hat sich verständigt, dass es am 20. März 2010 parallel zur Tagung des Europäischen Rats eine Demonstration in Stuttgart und eine landesweite Demonstration in Dortmund geben soll. Die beiden Bundesländer sind von der Krise der Metall- und Stahlindustrie stark betroffen. Am 12. Juni soll es in Berlin und bundesweit in mehreren Städten Demonstrationen geben. Die bundesweite Aktionskonferenz kommt am 17. April 2010 wieder zusammen. Notwendig ist es bis dahin vor allem Bündnisse in den Städten weiter auszubauen.

In Leipzig wird es im Februar 2010 eine Konferenz geben, um einerseits die ersten Monate der schwarz-gelben Regierung einzuschätzen und andererseits daraus mögliche Handlungsperspektiven für ein gemeinsames breites lokales Bündnis von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien zu

Arbeitsplan der AG Senioren für das 1. Halbjahr 2010

Die Beratungen der AG Senioren beim Leipziger Stadtvorstand DIE LINKE finden jeden ersten Donnerstag im Monat im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, statt.

7. Januar 2010

Linke Alternativen zum weiteren Sozialabbau nach den Bundestagswahlen. Gast: Dietmar Pellmann, MdL

4. Februar 2010

Kulturpolitik in Leipzig. Gast: Michael Faber, Kulturbürgermeister Leipzig

4. März 2010

Internationaler Frauentag 2010

1. April 2010

Der globale Kampf um die verbliebenen fossilen Energieträger. Gast: Prof. Latchinian

6. Mai 2010

65 Jahre Beendigung des 2. Weltkrieges und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Gast: Heinz Bilan

3. Juni 2010

Aus der Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Gast: Barbara Höll, MdB

Gäste sind herzlich willkommen.

neue SprecherInnen gewählt

Die AG „Soziale Politik“ wählte am 1. Dezember 2009 neue SprecherInnen, gewählt wurden:

Petra Weißfuß

(Kontakt: Tel. 0341/411 64 24, E-Mail P.weissfuss@t-online.de) und

Jan Weien

(Kontakt: Tel. 0341/30 65 345, E-Mail Jan.weien@gmx.de)

6. Antifaschistischer Ratschlag Sachsen – 2010 in Leipzig

Am 23. Januar 2010 findet im soziokulturellen Zentrum Conne Island (Koburger Straße 3) in Leipzig der 6. Antifaschistische Ratschlag Sachsen statt.

Ab 10 Uhr kann sich über verschiedene Themen, wie zum Beispiel "Pogrome gegen Sinti und Roma in Europa", "Autonome Sozialisten" aber auch "Frauen und Mädchen in der extremen Rechten" informiert und ausgetauscht werden. Neben verschiedenen thematischen Informationsständen wird auch die Rote Hilfe Leipzig über ihre Arbeit informieren und die Ausstellung "Partigani - Gegen Faschismus und deutsche Besatzung" zu sehen sein. Der Antifaschistische Ratschlag bietet wie gehabt vor allem auch Raum zur Vernetzung von AntifaschistInnen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Nazis, RassistInnen und AntisemitInnen haben keinen Zutritt.

Wir machen weiter...

Die Kampagne zum Verbot der NPD

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA e.V.) beschloss nach der erfolglosen Unterschriftenaktion, den Kampf um das Verbot der NPD mit Hilfe von Tausenden Meinungsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit dem Antifaschismus verbunden fühlen, verstärkt weiterzuführen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erhielt der Bund die wenigsten Aussagen aus Sachsen. Bis Mai 2010 sollen deshalb mindestens 500 Stellungnahmen zum Verbot der NPD erzielt werden. Als Mitglieder der Partei DIE LINKE sollten wir diese Aktion unterstützen.

Die NPD zeigte in ihrem Wahlkampf ihre ablehnende und zerstörerische Haltung zur Demokratie. Ihr Auftreten in Wort und Tat zeigt deutlich ihre rassistische,

antisemitische sowie volksverhetzende Ideologie.

Durch den Einzug in die Parlamente der Länder, der Städte und Kreise erhalten sie von unseren Steuergeldern finanzielle Mittel für die Arbeit ihrer Abgeordneten. Die NPD lebt also von den Geldern des Staates, den sie ja bekanntlich abschaffen will.

Dass es den rechten Kräften gelang, dass sie von Tausenden Wählern in Leipzig und Sachsen gewählt wurden, unterstreicht einerseits die Gefährlichkeit ihres Wirkens. Andererseits erhärtet es die Forderung nach dem Verbot dieser Partei.

Gleichzeitig muss es uns noch besser gelingen, uns mit dem Faschismus der Vergangenheit und den gegenwärtigen Erscheinungen auseinanderzusetzen.

Eine Hilfe könnte dabei u. a. sein:

- die Einbeziehung von Lebensberichten unserer Genossinnen und Genossen und die Gewinnung von Experten zu diesen Problemen als Referenten oder Gesprächspartner in den Basisstrukturen,

- die Nutzung von vorhandenen Biografien und Dokumentationen über das Leben und den Kampf der Antifaschisten gegen das Naziregime.

Die antifaschistische Bibliothek des VVN-BdA verfügt über 3.000 Bücher und ca. 1.000 Broschüren zu dieser Thematik.

Wir sollten diesen Fundus verstärkt nutzen, denn bekanntlich kann Wissen sprichwörtlich „Berge versetzen“. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek erwarten Euren Besuch. Dienstag: 9:30 bis 11:30 und Donnerstag 15:00 bis 17:00 Uhr im Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Straße 21.

Edeltraud Bacher

Volkshaus wieder in Gewerkschaftshand – ein Grund zur Freude!

Die anwesenden Mitglieder der AG betrieb&gewerkschaft Leipzig haben auf ihrer letzten Mitgliederversammlung mit großer Freude den Rückkauf des Volkshauses durch die Gewerkschaft ver.di zur Kenntnis genommen. Damit gehört ein unschönes Kapitel kapitalistischen Handelns seitens der DGB-Spitze der Vergangenheit an. Das Volkshaus ist wieder in „Gewerkschafterhand“ - und da gehört es hin! Das war nur durch den großen Protest zahlreicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter möglich, darunter viele Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes, die selbst Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft sind.



Gerade dieser große Protest, unter Beteiligung der zahlreichen GenossInnen, hat die neu gewählten Sprecher der AG b&g, Andreas Elze und Thomas Netzer, sowie die anwesenden Mitglieder der AG veranlasst, kritisch zu hinterfragen, warum sich einerseits viele GewerkschafterInnen an diesen Protesten beteiligten, aber andererseits innerhalb der AG-Arbeit nur wenig Resonanz vorhanden ist.

Wo sind die LINKE Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Leipzigs LINKE.??? Gibt es nur 5 Genossen, die sich aktiv an linker Gewerkschaftspolitik beteiligen wollen? Oder wird „linke“ Gewerkschaftspolitik gar als unwichtig angesehen?

Wir meinen, dass Gewerkschaftspolitik gerade für DIE LINKE ein Schwerpunkt sein muss! Wenn wir es ernst damit meinen, dass die Gewerkschaften wichtige Partner unserer Partei sind, dann müssen wir dies auch „leben“ - bundesweit, in Sachsen und auch in Leipzig! Die Erhebungen zum Wahlverhalten zur Bundestagswahl von Gewerkschaftsmitgliedern sprechen eine deutliche Sprache. Wenn zur BT-Wahl nur Ge-

werkschaftsmitglieder wahlberechtigt gewesen wären, dann wäre DIE LINKE mit 17 % der Stimmen gewählt worden. Dieser Fakt zeigt deutlich, dass Gewerkschafter und die Gewerkschaften selbst viel von uns erwarten. Enttäuschen wir sie nicht!

Auf dem 4. Landesparteitag in Burgstädt wurde beschlossen, dass sich der Landesverband gewerkschaftspolitischen Themen stärker widmen soll. Das gelingt nur, wenn dies von der Parteimitgliedschaft getragen wird. Es muss uns bewusst werden, dass gerade in Krisenzeiten die Gewerkschaften eine außerordentlich hohe Bedeutung haben. Die AG betrieb & gewerkschaft bietet vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren – tun wir es!

Wir sind offen für Vorschläge, die wir in unseren Arbeitsplan aufnehmen sollen! Deshalb der Aufruf: LINKE Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter beteiligt euch, dass wir unser Ziel erreichen und zukünftig die Menschen in unserem Land, von der durch soziale Ungerechtigkeit geprägten Gesellschaft, „befreien“.

Andreas Elze & Thomas Netzer
Sprecher der
AG betrieb&gewerkschaft Leipzig

Mitstreiter gesucht! Wer will mitmachen?

Initiative zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft LINKE UNTERNEHMERINNEN in und bei der Partei DIE LINKE. LEIPZIG

Die Arbeitsgemeinschaft will durch ihre Arbeit einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Willensbildung der Partei leisten. Dies wird aus der Sicht und der Interessenlage von klein- und mittelständischen Unternehmen und Selbstständigen erfolgen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wirken gezielt an

Projekten der Partei mit. Die Arbeitsgemeinschaft koordiniert den fachlichen Austausch von wirtschaftspolitischen Erfahrungen und Aktivitäten auf der Ebene des Stadtverbandes.

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kann werden, wer Mitglied der Partei DIE LINKE, Stadtverband Leipzig, ist und seinen Hauptwohnsitz in Leipzig hat.

Für die Arbeitsgemeinschaft „Linke UnternehmerInnen in und bei der Partei DIE LINKE. Leipzig“ gelten die Rechte und Pflichten für Zusammenschlüsse

gemäß Satzung des Stadtverbandes. Die Mitgliedschaft der Leipziger Arbeitsgemeinschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen wird angestrebt.

Interesse geweckt? Dann meldet Euch!

Ansprechpartner sind

Klaus Kniss

Email: kkniss@easy-fact.de

Dr. oec. Thomas Rothe

Email: dr.-thomas-rothe@web.de

Dank an alle Freunde und Unterstützer Kubas

Die AG „Cuba sí“ Leipzig möchte sich bei allen, die im Jahr 2009 politische, finanzielle und materielle solidarische Unterstützung für Kuba geleistet haben, recht herzlich bedanken.

Diese Spenden waren sowohl für die Weiterführung der zentralen Milchprojekte von Cuba sí als auch für die Unterstützung des Leipziger Cuba-sí-Projektes, den Kindergarten in Matanzas, bestimmt. Dabei sollen, ohne Geringschätzung der Ergebnisse aller durchgeführten Listensammlungen, insbesondere folgende Ergebnisse hervorgehoben werden:

• Für den Kindergarten in Matanzas wurden gespendet:

- 250,00 € von ISOR e.V.,

- 150,00 € von der Ortsgruppe DIE LINKE Leipzig-Holzhausen und

- 150,00 € von Genn. Gerda Uhlig

• Weiterhin hat Genn. Uhlig ihre diesjährigen Geburtstagsgratulantinnen geben, anstelle von Geschenken Geld für „Milch für Kubas Kinder“ zu spenden. Das ergab einen Betrag in Höhe von 470,00 €.

• Bei der Sammelaktion materieller Spenden im Oktober 2009 konnten 24 Bananenkartons gepackt werden, was

einem Volumen von 1,2 m³ entspricht. Dafür nochmals ein besonderes Dankeschön.

Auf der Veranstaltung am 8. April 2009 in Leipzig betonte der Botschafter der Republik Kuba in Deutschland, Gerardo Peñalver Portal, noch einmal ausdrücklich die Bedeutung der weiteren Solidarität mit Kuba im Kampf gegen die Wirtschaftsblockade der USA, für die Befreiung der Cuban Five und für die Beseitigung der Folgen der Hurrikanschäden. Kurz gesagt: Die Solidarität geht weiter!

Wir wünschen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2010. **Ruth Guthmann**

Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist bereits zur Farce geworden

"Aus dem Klientelbedienungsgesetz alias Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird kein ‚Gesamtkunstwerk‘ mehr entstehen. Dazu ist es jetzt schon viel zu sehr zu einer Farce geworden", kommentiert die steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Barbara Höll, den Steuerstreit zwischen Bund und Ländern. Höll weiter:

"Der Vorschlag der Regierung, die Länder durch eine Erhöhung des Bundesanteils an den Bildungsinvestitionen zu kompensieren, ist nur eine weitere Mogelpackung. Denn dies ist unabhängig vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein Ziel des Koalitionsvertrags.

Zudem ist eine Erhöhung der Bildungsinvestitionen zwar in der Tat dringend notwendig, kann aber nur funktionieren, wenn sowohl die Länder als auch der Bund mehr ausgeben. Eine Entlastung der Länderhaushalte kann so also nicht erfolgen.

Stattdessen werden Länder und Kommunen als erste die Kosten für die Verteilung der im Gesetz enthaltenen Steuerergeschenke an Reiche, Vermögende und Großunternehmen zu spüren bekommen. Spätestens in einem Jahr wird die Bundesregierung dann den Haushaltsnotstand erklären, um unter diesem vermeintlichen ‚Sachzwang‘ höhere Belastungen für Normal- und

Geringverdienende zu begründen.

Ob ‚Wachstumsbeschleunigung‘ oder ‚Gesamtkunstwerk‘, im Finden von Euphemismen für ihre Umverteilungspolitik von unten nach oben ist Schwarz-Gelb kreativ."

Thesen

Thesen von Dr. Volker Külöw zur "Sozialökonomischen Positionsbestimmung der Stadt Leipzig am Ende des Jahres 2009" sind erschienen. Im Internet zum Download unter:

www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/pdf/Thesen.pdf

LINKE machen Druck für Gemeinschaftsschulen

Cornelia Falken: LINKE unterstützen Kampf der Eltern für Gemeinschaftsschule mit aktuellem Landtags-Antrag Zur Unterschriftensammlung von Elternvertretern für den Erhalt der Gemeinschaftsschule in Geithain erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Cornelia Falken: DIE LINKE begrüßt die Aktivitäten der

Geithainer für den Erhalt ihrer Gemeinschaftsschule. Nach dem Wortbruch der FDP, die im Wahlkampf noch für die Gemeinschaftsschulen eingetreten war, und der im Koalitionsvertrag fixierten Schließung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen kann der Protest in den betroffenen Kommunen ein Umdenken im Kultusministerium bewirken.

DIE LINKE wird sich konsequent gegen die Abschaffung der Gemeinschaftsschulen in Sachsen wehren. Das längere gemeinsame Lernen hat Zukunft, wie die schwarz-rote Regierung in Thüringen zeigt. Einen Antrag mit dem Thema „Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen – Rahmenbedingungen für Gemeinschaftsschulen schaffen.“ jetzt umsetzen! (Drucksache 5/ 41) hat DIE LINKE bereits ins Parlament eingebracht.

Sachsens Regierung will nichts für Angleichung der Ost-Renten tun – bricht FDP weiteres Wahlversprechen?

Zur Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag der Linksfraktion „Stufenprogramm zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West (Drucksache 5/0045) erklärt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Dr. Dietmar Pellmann:

Die Angleichung der aktuellen Rentenwerte an das Westniveau ist nach fast 20 Jahren staatlicher Einigung Deutschlands schon lange überfällig. Alle diesbezüglichen Initiativen von Sozialverbänden sowie Gewerkschaften und nicht zuletzt der Fraktion DIE LINKE wurden bislang mit z. T. abenteuerlichen Argumenten abgeschmettert. Die Palette der Einwände reichte von der Befürchtung, dass die ostdeutschen Rentner sogar schlechter gestellt wären, weil der Hochwertungsfaktor des hiesigen Einkommens zwangsläufig wegfallen, bis zur Behauptung, dass für eine solche Angleichung die Rentenversicherung überfordert wäre. Dies alles stellt sich bei näherer Betrachtung als völlig untauglich dar.

Die Ostdeutschen werden doppelt bestraft. Sie haben im Durchschnitt niedrigere Löhne und erhalten dann im Alter auch noch eine Rente zweiter Klasse. Und natürlich sollen die etwa fünf Milliarden Euro, die die Rentenangleichung jährlich kosten würde, nicht aus der Rentenversicherung, sondern aus Steuermitteln gezahlt werden. Es kann doch niemandem vermittelt werden, dass Hunderte Milliarden für Banken zur Verfügung stehen, aber die deutsche Renteneinheit nicht finanzier-

bar sein soll.

Bei alledem ist die Stellungnahme der Staatsregierung zu unserem Antrag nichts anderes als ein Aufguss bisheriger Scheinargumente. Insofern verharret die Staatsregierung in einem völlig inakzeptablen Wartestand, weil sie keinerlei Initiativen zu ergreifen bereit ist. Sie will lieber abwarten, was sich auf Bundesebene bewegt. Gerade die

Staatsregierung müsste aber erneut initiativ werden, denn Sachsen ist bekanntlich das Bundesland mit der ältesten Durchschnittsbevölkerung und den vergleichsweise meisten Rentnern. DIE LINKE wird nicht widerstandslos hinnehmen, dass die Rentenangleichung vielleicht erst in 50 oder 60 Jahren vollzogen ist.

Interessant dürfte schließlich die Haltung der sächsischen FDP sein, die noch zu Wahlkampfzeiten die Rentenangleichung für das Jahr 2010 forderte.

Luxemburg-Liebkecht-Ehrung 2010

Am 10. Januar 2010 fährt ein Bus 6:30 Uhr ab Goethestraße zur Luxemburg-Liebkecht-Ehrung nach Berlin. Dafür wird ein Teilnehmerbeitrag von 10 € erhoben. Wer mit nach Berlin fahren möchte, meldet sich bitte vorab in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, Tel.: 0341 14064411 an.

Die Luxemburg-Liebkecht-Ehrung in Leipzig findet traditionell am 15. Januar 2009, ab 17:00 Uhr statt. (Kundgebung Rosa-Luxemburg-Steke, Gustav-Freytag-Straße, anschließend Demonstration zum Liebkecht-Haus). 18:00 Uhr Buchvorstellung: Rosa-Luxemburgs Tod.



Spürbare beschäftigungspolitische Schwerpunktsetzung muss im Haushaltsplan 2010 gesichert werden

Im November hat Leipzig erneut einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist nicht untypisch für die Jahreszeit. Darüber hinaus ist die Entlastung durch Kurzarbeit weiterhin hoch und der milde Winter hat bisher größere Entlassungen in den Außenbereichen verhindert. Das ist erfreulich. In Leipzig ist dieser Trend nicht zuletzt auch der Arbeit der ARGE und der freien Beschäftigungsträger, die trotz des überfälligen Konzepts seitens der Stadtverwaltung für Stabili-

tät bei der geförderten Beschäftigung sorgen, zu verdanken.

Es ist dennoch verfrüht, von einer Trendwende zu sprechen. Wie die ernsthaften Probleme bei Quelle, Karstadt und Siemens zeigen, ist die Beschäftigungssituation in der Stadt nach wie vor fragil. Problematisch vor allem für die am regionalen Markt agierenden Unternehmen ist darüber hinaus die tendenziell sinkende Kaufkraft in der Stadt und die Stagnation bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen,

wie Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante und das jähe Stopp beim Kommunal-Kombi durch den Sächsischen Wirtschaftsminister. Gerade bei letzteren haben die Betroffenen eine Reaktion von der Leipziger Rathauspitze schmerzlich vermisst.

Wir erwarten deshalb, dass sich Oberbürgermeister Jung sowie auch der Bürgermeister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Albrecht, für die kompromisslose Realisierung der bewilligten Kommunal-Kombi-Stellen einsetzen. Gleichzeitig muss auch bei der derzeitigen Debatte um den Haushaltsplanentwurf 2010 eine spürbare beschäftigungspolitische Schwerpunktsetzung gesichert werden.

Dr. Ilse Lauter

SPD muss Opposition offenbar noch lernen

Die für das nächste Jahr zu erwartenden Kostensteigerungen bei den Kosten der Unterkunft bei gleichzeitig sinkendem Bundeszuschuss stellt den Leipziger Haushalt 2010, der jetzt schon eine Deckungslücke von rund 10 Millionen EURO aufweist, vor eine Zerreißprobe. Leider ist die Bundesregierung der Empfehlung des Bundesrates, nicht mehr die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als Berechnungsgrundlage für den Bundeszuschuss zu verwenden, sondern die tatsächlichen Kosten, nicht gefolgt und hat das Gesetz zur Absenkung des Bundeszuschusses in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

Die Abgeordneten der Regierungskoalition haben auch bereits ihre Zustimmung zur Absenkung signalisiert. Vielleicht kann man noch verstehen, wenn die Leipziger Abgeordneten der Regie-

rungskoalition dem Koalitionszwang mehr Bedeutung beimessen als den katastrophalen finanziellen Folgen dieser Entscheidung für ihre Heimatstadt.

Nicht mehr nachvollziehbar indes ist es, wenn auch die Bundestagsabgeordneten der SPD als Opposition diesem Gesetzentwurf die Zustimmung signalisieren. Zwar stammt er noch aus der Feder von Olaf Scholz und aus der Zeit der großen Koalition. Nachdem selbst der Bundesrat feststellt, dass gerade in Gemeinden mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit, wie Leipzig, jene Absenkung die Gefahr birgt, dass die Kommunen ihr Angebot an die Bürger drastisch kürzen müssen, könnte man von der SPD Bundestagsfraktion doch etwas Lernfähigkeit erwarten. Sie bringen ihre eigenen Genossen, die in der Kommune Verantwortung tragen, in Bedräng-

nis und Erklärungsnot. Denn nicht nur der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert sich stärker an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft zu beteiligen, auch die Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte haben nach einem Treffen in Jena gegen die Absenkung protestiert.

Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, erklärte nach dem Treffen in Jena dazu: „Der Bund muss sich an den steigenden Unterkunfts-kosten für Langzeitarbeitslose stärker beteiligen und darf seinen Anteil für 2010 auf keinen Fall senken.“ ... „Die Städte brauchen eine Entlastung bei den ständig steigenden Sozialausgaben“, forderte Articus weiter. Bleibt abzuwarten, wann die SPD Bundestagsfraktion merkt, dass sie nicht mehr an der Regierung beteiligt ist und anfängt, Opposition zu lernen.

Naomi-Pia Witte

Leitbilddiskussion - Linksfraktion beriet mit den Initiatoren des „Offenen Briefes“

Am 15. Juni 2009 wandte sich die „Initiative für Leipzig“ mit einem Offenen Brief an den Leipziger Stadtrat. Die Linksfraktion sieht in folgenden Punkten Übereinstimmung mit den Autoren:

- Leipzig benötigt für die Zukunft gemeinsame realistische und nachvollziehbare Ziele
- Die Basis für ihre Bestimmung soll eine Analyse des derzeitigen Zustandes der Stadt sein
- Das kann nur durch ein konstruktives Miteinander von Rat, Verwaltung und engagierten Bürgern geschehen.

Zu diesen Themen hat sie deshalb mit Herrn Hitschfeld und Herrn Stolle zwei Initiatoren eingeladen. Bei der Beratung über eine realistische Vision für Leipzig wurde unter anderem diskutiert, ob eine Leitbilddiskussion eher als Betonung der Kernkompetenzen der Stadt oder als Stärken-Schwächen-Analyse geführt werden sollte. Dient ein Leitbild eher der Außenwirksamkeit oder der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt? Von zentraler Bedeutung ist für uns dabei der Blick auf den Anspruch Leipzigs: Ist Leipzig

wirklich „Großstadt mit internationalem Anspruch und europäischer Geltung“ (Tiefensee)? Ist Leipzig gesamtdeutsche oder ostdeutsche Metropole? Die Beantwortung dieser Frage ist wesentlich für Entscheidungen zur zukünftigen Entwicklung. Von den Initiatoren wurde angemahnt, dass für die Bestimmung von Zielen und Richtungen eine realistische Standortanalyse notwendig sei. Dazu könne man Instrumente der Marktforschung nutzen. Einig sind sich Linksfraktion und „Initiative für Leipzig“ darin, dass ein solcher Diskurs möglichst mit vielen gesellschaftlichen Akteuren geführt werden soll. Wir sind dazu bereit.

Dr. Ilse Lauter

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,
Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Diskurs

nach Absprache

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Do., 7. Januar 2010 - 17:00 Uhr

Jugendplenum der Linksjugend Leipzig, LHL.

Di., 12. Januar 2010 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: »Die Linke im Epochenbruch« Mit Dr. Edelbert Richter, Weimar. Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner, RLS.

Fr., 15. Januar 2010 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Gespräch: »Rosa Luxemburgs Tod«. Historische Tatsachen und aktuelle Erwägungen. Mit Prof. Dr. Annelies Laschitzka, Berlin, und Klaus Gietinger, Sozialwissenschaftler, Autor und Regisseur, Frankfurt am Main. Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner, LHL.

Sa., 16. Januar 2010 - 16:00 Uhr

Verleihung des Wissenschaftspreises und Neujahresempfang, RLS.

Mi., 20. Januar 2010 - 18:00 Uhr

Die Arbeitsgruppe Politische Bildung lädt unter dem Thema: Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende. Was ist „Erblast“ der DDR und was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik? Diskussionspartner: Dr. Dieter Janke, Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a.

Do., 21. Januar 2010 - 18:00 Uhr

Podiumsdiskussion Pro & Contra: Bedingungsloses Grundeinkommen – Links und emanzipatorisch oder sozialpolitischer Irrweg? Mit Pia-Naomi Witte und Juliane Na-

gel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Joachim Tesch, RLS.

Di., 26. Januar 2010 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Mensch und Natur – neu betrachtet. Mit Prof. Dr. Steffen Dietzsch, Berlin, RLS.

Do., 28. Januar 2010 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Russlands Aufstieg zu einer global führenden Energiemacht. Mit dem Autor des Buches »Öl und Macht. Der globale Kampf um die verbliebenen fossilen Energieträger« Prof. Dr. Sarkis Latchinia, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

geschlossen

Die Geschäftsstelle DIE LINKE. Leipzig im Liebknecht-Haus bleibt vom 21. Dezember 2009 bis 3. Januar 2010 geschlossen.

Allen Mitgliedern sowie
Freundinnen und Freunden
der Partei DIE LINKE
wünschen wir ein friedliches
Weihnachten und einen guten Start
ins neue Jahr 2010.

Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig / Redaktion des Mitteilungsblattes

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 1/2010 ist Donnerstag, 7. Januar 2010. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.